

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Aboanzeitspreis monatlich 1,50 M., vierteljährlich 4,50 M.; durch die Post bezogen monatlich 3 M., vierteljährlich 9 M. — Versammlungsangebote zu den Zeilen 75 ff. — Zeit- und Hefttitelangebote werden nicht aufgenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Karl Schudy; Druck: H. Haasemann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, fälschlich Bochum, Wienerstrasse 38-42. Telefon-Abo. 89, 89 u. 98. Teleg. Abo.: Alverbank Bochum.

Krieg dem Kriege! Revision der „Friedensverträge“!

In der Amsterdamer Konferenz der internationalen Exekutivkomitees der Bergarbeiter, Metallarbeiter und Transportarbeiter wurde gewissermaßen dokumentarisch festgestellt, wohin die ziellose kapitalistische Profitjagd die Weltwirtschaft gebracht hat. Nach in keiner internationalen Arbeitervertreterkonferenz wurde wohl so ungeschminkt und offiziell der Weltkrieg als das Ergebnis kapitalistischer Vergewaltigungspolitik anerkannt als in der zweitägigen Aussprache im Amsterdamer internationalen Gewerkschaftsbureau am 15. und 16. November. Das markanteste Resultat dieser Aussprache ist die offizielle Erkenntnis, daß die Weltwirtschaft ohne eine vom christlichen Friedenswillen geleitete Revision der „Friedensverträge“ von Versailles und St. Germain nicht zur Erfordung der Völkerfreude nicht zur Vermöhlung kommt! Die harten Tatsachen der furchtbaren Weltwirtschaftskrise haben belchender gewirkt als noch so schwungvolle Aufrufe zur Völkerverständigung.

Die Vertreter der Bergarbeiter, Metallarbeiter und Transportarbeiter aus den Entente- und aus den neutralen Staaten geben der Konferenz Runde von einer alles bisher gekonnten Maß übersteigenden Arbeitslosigkeit, enormen Betriebs einschränkungen, von starkem Lohndruck und darum sinkender Kaufkraft der Massen. Der Welthandel ist im steten Rückgang begriffen, viele tausende Frachtschiffe liegen brach. Große Massen Schiffer, Hafen- und andere Transportarbeiter langen monatelang arbeitslos umher. Die Industrien zur Gewinnung und Verarbeitung von Eisen und Stahl, die Maschinenfabriken, Schiffbauanstalten, die Anlagen zur Weiterverarbeitung der Metalle bis zur Herstellung feinsten Apparate haben Scharen von Arbeitern entlassen oder lassen nur wenige Tage in der Woche arbeiten. Der Vertreter des britischen Maschinenbauerverbandes berichtete über die gänzliche Arbeitslosigkeit von über 20 Prozent der Gewerkschaftskollegen. In Spanien, in Holland, in der Schweiz, in Italien und Frankreich, überall eine beispiellose Gedrücktheit der industriellen Produktion und der Handelsfähigkeit. Wo die Valuta dem Friedensstand am nächsten steht, in diesen Ländern ist die Wirtschaftskrise am stärksten!

Unsere britischen Kameraden berichteten, in ihrem Lande gäbe es nun circa 200 000 arbeitslose Bergarbeiter! In den meisten Städten wird nur an drei Tagen möglichst gearbeitet, und doch macht trotz starkem Absatz der enorm verringerter Förderung große Schwierigkeiten. Die Löhne sind bedenkend gesunken, in Norfolk z. B. auf durchschnittlich 15 Schilling 9 Pence für die Hauer. Neue Lohnkürzungen seien bevor. Infolge der wenigen Schichten steht das Lohn in kommenden Bereitschaft unter dem momentanen Lohn! Die Kolonnen der Gewerkschaften sind leer, es müssen Bankdarlehen usw. aufgenommen werden, um die notdürftigsten Unterstützungen an Arbeitslose usw. zahlen zu können.

Die französischen Kameraden berichteten, die heimische Industrie könne die geforderten Kohlen nicht aufnehmen. Von den Hochöfen sind zwei Drittel außer Betrieb. Die Dorfhäuser häufen sich immer mehr und die Unternehmer gehen allenthalben mit Entlassungen vor. Die Produktion findet keinen Absatz. „In allen Distrikten, mit Ausnahme des Nordens, wurden die Löhne um 3, 4 und sogar 5 Francs reduziert.“

Nach dem Bericht der Belgier, in deren Lande die Arbeitslosigkeit weniger groß ist als in Frankreich, sind seit März die Löhne um 20 Prozent gesunken worden. Auf den Halde lagerten über 600 000 Tonnen Kohlen, bei einer Lagerförderung von rund 76 000 Tonnen! Die Holländer wissen nicht wohin mit ihrer Kohlensförderung, obwohl die Preise bedeutend herabgesetzt sind. Die Löhne seien schon mehrere Gulden täglich niedriger als im Frühjahr und doch werden weitere Lohnverschlechterungen beabsichtigt. Die tschechische Bergwerksindustrie leidet an starker Überförderung, die Bergarbeiter stehen unmittelbar vor einem Kampf gegen erhebliche Lohnabzüge. Infolge des Sinkens der deutschen Mark ist der altherkömmliche Verband tschechischer Braunkohle nach Deutschland verlustbringend, wenn die Preise nicht erhöht werden. Diese Preiserhöhung aber würde wieder den Absatz stark herabdrücken.

Also: Niedergang des Absatzes, gänzliche Arbeitslosigkeit oder nur wenige Arbeitstage wöchentlich, Lohndruck, Vermüllungen, durch Preisunterbietungen Absatz im Ausland zu erhalten.

Niedergang der Kaufkraft der Massen, ungeheure Geldersparnisse und gefüllte Vorratshäuser, Überfluss an Waren aller Art, daneben große Massen hungernder, beschäftigungsloser Menschen!

Das ist die furchtbare Lage, in der das hochgelobte kapitalistische, nicht auf die natürliche Bedarfssättigung, sondern auf die Erzielung möglichst hoher privater Profite eingestellte Ausbildungssystem die Welt gebracht hat. Der Weltkrieg, das brutale Mittel zur Befriedigung der Gewinnier, sollte den „siegreichen Völkern“ erhöhten Wohlstand, natürlich auf Kosten der „besiegten“, bringen. So wurde, als die Schlachten tobten, den Völkern hüben und drüben verheißen. Bei der Verhöhnung ist es geblieben. Die Arbeitermassen in den „siegreichen“ Ländern werden von beispieloser Arbeitslosigkeit, von einer urerhöhten Unsicherheit ihrer wirtschaftlichen Existenz heimgesucht! Die Volksmassen versinken in Armut und sind nun noch weniger imstande, die aufscheiternden Waren zu kaufen! Um die kapitalistischen „Selbstkosten zu verbilligen“, werden die Löhne weiter reduziert. Das bedeutet weitere Verschlechterung der Kaufkraft der Massen. Übermals Lohndruck, wieder stärkere Unterkonsumtion. In diesem wahnwitzigen Kreise bewegt sich die kapitalistische „Wirtschaftsordnung“, bis der große Klauberadtsch eintretet!

Die Weltwirtschaft würde sich in leider besseren Lage befinden, wenn der „Sieg“ auf die Seite der europäischen Zentralmächte gefallen wäre. Die unermöglichste Zerstörung der

Valutasturz, der Steuerdruck würde sein wie heute. Der Kapitalismus hätte auch in diesem Falle mit Hilfe des Militarismus seine Eroberungsgier befriedigt. Wenn aber schon 1914 der Krieg nicht verhindert werden konnte, was wir stets bestritten, so hätte es doch nicht zu dem jetzigen Krisenzustand kommen können, wenn rechtzeitig ein Frieden der Verständigung auf der Basis gegenseitiger Hilfe beim Wiederaufbau gestanden hätte. Den aber haben die professionellen Kriegstreiber verhindert.

Die deutschen Delegierten in der Amsterdamer Konferenz konnten berichten, daß in ihrer Heimat zwar nicht entfernt eine solche Arbeitslosigkeit drohte wie in Großbritannien, Frankreich, Italien, Skandinavien, der Schweiz usw. Abgesehen von den minderwertigsten Sorten existiere in Deutschland Kohlenmangel. Die Schornsteine rauchten, Hütten und Fabriken seien zum Teil voll beschäftigt; in manchen Branchen könne die Warenknappheit nicht befriedigt werden. Aber das sei keine gesunde Wirtschaftslage. Deutschland würde in Folge seiner miserablen Valuta förmlich „ausverkauft“. Was dann, wenn die vorhandenen Materialien auslaufen und wir genötigt sind, mit der ebenfalls entwerteten Mark neue Roh- und Rohstoffe im Auslande, ebenso Nahrungsmittel zu kaufen? Das Ultimatum der Entente zwinge Deutschland zu Leistungen, deren Unverfügbarkeit nach dem Verlust des größten Teiles der oberflächlichen Industrie erst recht auf der Hand liege. Der Arbeitswillen des deutschen Volkes würde immer wieder gesättigt durch Drohungen mit militärischen Zwangsmassnahmen. Durch solche Maßregeln würde überall den Gewerkschaften Wasser auf die Mühlen getrieben. Der Kredit Deutschlands sei systematisch untergraben, der ungeheuerliche Sturz der Mark entspreche gar nicht der Arbeitsintensität in Deutschland. Unter Valutasturz aber beschränke den Export, zumal die massenhafte Warenverschaffung Deutschland aufwendig sei zur Vergleichung seiner sozialistisch hohen Belastung durch die Ententeforderungen. Deutschland wird durch den Vertrag zu billigen Kohlenlieferungen gezwungen. Unsere Warenpreise steigen seit Kriegsbeginn um das Vielfache der Auslandstreife; es läge also kein „Dumping“ (Preisunterbietung) vor. Die ungewöhnliche Entwertung der Mark drücke je länger desto mehr auch auf die Wirtschaft der Ausländer. Gegenüber höheren Höllen oder anderen Exportmärschen nichts. Helfen könne nur eine Revision der „Friedensverträge“, denn sie seien die Ursache der andauernden militärischen Unruhe und der furchtbaren Weltwirtschaftskrise! Je länger man sich dieser Erkenntnis in den Kreisen der Ententemächte hält, um so vernichtender würden die Folgen für ganz Europa und darüber hinaus sein.

Wir freuen uns, konstatiert zu können, daß die Erkenntnis von der Unhaltbarkeit der „Friedensverträge“ allseitig zum markanten Ausdruck kam in der Amsterdamer Konferenz. Die Bergarbeiter unterbreiten der Konferenz eine am 14. November vereinbarte Resolution, in welcher es heißt:

„Das Internationale Bergarbeiterkomitee erklärt, daß der Krieg, die Friedensverträge und die kapitalistische Spekulation eine Weltwirtschaftskrise herbeigeführt haben, die das Wirtschaftsleben völlig lahmzulegen droht. Diese Krise findet ihren Ausdruck in der großen Arbeitslosigkeit, der Geldentwertung und allgemeinen Verarmung. Unter diesen Umständen können sich die verschiedenen Länder auch nicht mehr die notwendigen Rohstoffe verschaffen. Festgestellt muß auch werden, daß ein wirklicher Völkerfriede nicht besteht, sondern die kriegerischen Beunruhigungen andauern.“

In Anbetracht dieser Verhältnisse erklärte sich das Internationale Bergarbeiterkomitee bereit, mit der Leitung des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam zusammen zu wirken in der Anwendung von zweckmäßigen Mitteln zur Beseitigung der internationalen wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Diese Zusammenarbeit wurde sogleich am 15. und 16. November eingeleitet. Kamerad Hodges (England) ist zum Mitglied eines Internationalen Aktionskomitees gewählt, dem außer den Leitern des Amsterdamer Büros angehören für die Metallarbeiterinternationale J. G. Bern, für die Transportarbeiterinternationale William S. London. Kein Zweifel bestand unter den Konferenzteilnehmern über die vornehmste Verfolgung der Weltwirtschaftskrise: Der Krieg, das brutalste kapitalistische Mittel zur Unterdrückung der Unterlegenen und zur Bereicherung der Herrschenden ist die Hauptursache des unsagbaren Weltsturms! Hier muß mit der aufklärenden Propaganda in den Massen eingehetzt werden, damit die Wiederholung der Massenabschaltung verhindert wird. Einstmals bestoß daher die Amsterdamer Konferenz, an die Arbeiter aller Länder folgenden Appell zu richten:

„In Anbetracht der Tatsache, daß die reaktionären und militärischen Bestrebungen in der ganzen Welt im Zunehmen sind und ein neuer Krieg unabwendlich ist, wenn nicht die Arbeitersklasse aller Länder in voller Einheit und Einigkeit Front macht gegen die von der kapitalistischen Klasse drohende Gefahr, richtet die Konferenz an die Arbeiter aller Länder den dringenden Appell, neben dem gegen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen gerichteten Kampf ihre Kämpferkunst und alle ihre Energie vor allem der Bekämpfung des Kapitalismus selbst und dem mit ihm unlöslich verbundenen Militarismus zu wenden.“

Mit Verufung auf die von den Internationalen Arbeiterkongressen angemessenen diesbezüglichen Resolutions erwartet die Konferenz von allen dem Internationalen Gewerkschaftsbund angehörenden Organisationen, daß sie in ihrem eigenen Lande und unter den eigenen Vertragsgenossen härter und mit größerem Nachdruck als je die Propaganda und Aktion gegen den Militarismus und für die

Im Hinblick auf diesen Zweck appelliert die Konferenz an die Arbeiter aller Länder, sich zu einer Rata zusammenzuschließen, die insame ist, im Falle drohender Kriegsgefahr, unter der Leitung des Internationalen Gewerkschaftsbundes, durch sofortige Proklamation des internationalen Generalstreiks den Ausbruch des Krieges zu verhindern.

In der Erwägung der Tatsache, daß ein Krieg ohne das Funktionieren der Transportbetriebe, des Bergbaus und der Metallindustrie nicht geführt werden kann, ist die Konferenz der Meinung, daß es in erster Linie Pflicht der Arbeiter dieser Industriegruppen ist, die Propaganda gegen Reaktion und Militarismus unter dem ganzen Aufgebot ihrer Kräfte zu führen und ihre ganze wirtschaftliche Macht aufzuwenden, um eine Wiederholung der Menschenschlächterei in der Welt zu verhindern.“

Löhne und Kohlenpreise.

Die sprunghafte Entwertung unseres Geldes im Auslande und auch im Zinlande hat zu außerordentlichen Preisssteigerungen geführt, denen die Löhne folgen mussten. Die unter Mitwirkung der zuständigen Reichsministerien geführten Lohnverhandlungen der bergbauenden Arbeitnehmer und Arbeitgeber haben zu Abschlüssen geführt, die im Durchschnitt je Mann und Schicht der Delegierten Kohlenförderungen einschließlich Hausstands- und Kindergeld von 25–30 M. im Steinkohlenbergbau und etwa in gleicher Höhe im westlichen Braunkohlenbergbau mit sich brachten.

Der Abschaffung des Arbeiters und Schicht wird in den einzelnen Gewerken mit 0,30 bis 0,50 To. angegeben. Danach erreicht sich eine Kohlenpreiserhöhung von 50 M. und mehr, um die Lohnhöhung auszugleichen. Hierzu tritt ein etwa 5–10prozentiger Anstieg für Beamte und Angestellte und teilweise noch ein Betrag zur Erhöhung der Knabenvirtschaftsrenten für Invaliden, Witwen und Waisen.

Die Preise der Materialien für den Bergbau sind seit August d. J. im Steigen. Die Steigerung beträgt für Eisen, was das wesentliche Material im Bergbau darstellt, über 100 Prozent, für Zement 50 Prozent und so fort. Alle Materialpreisssteigerungen durcheinander gerechnet, sind mit 60 Prozent der Lohnhöhungskosten veranlagt worden.

Die Lohnsteigerung gilt ab 1. November d. J. Die Materialpreisssteigerung ist seit August in reizendem Tempo eingetreten und bei der letzten Kohlenpreiserhöhung Anfang September d. J. die durch Kohlenhöherger veranlaßt wurde, nicht berücksichtigt worden. Die jüngste Kohlenpreiserhöhung kommt dagegen grundlegend erst ab 1. Dezember d. J. in Kraft treten. Dadurch entsteht ein Aufschub. Dieser mußte auf die nächsten sechs Monate verteilt in Rechnung gezogen werden.

Die Lohnhöhungskosten entsprechend sind in der gemeinsamen Sitzung des Reichskohlenverbandes und des Großen Ausschusses des Reichskohlenrates am 17. November in Berlin Preiserhöhungen beschlossen worden, die ohne Kohlen- und Umsatzsteuer pro Tonne betragen für Steinkohle durchschnittlich etwa 132 M., für Braunkohle breitfett etwa 80 M., für Kohlebraunkohle etwa 24 M. Diese Preiserhöhungen sind im Einvernehmen und mit Zustimmung des Reichswirtschaftsministers beschlossen worden.

Die Lohn- und Kohlenpreiserhöhung ist also lediglich der allgemeinen Preisentwicklung gefolgt, ist aber nicht vorangetreten. So war es bisher noch immer, solange die Reichskohlenwirtschaftsverwaltung bestand. Die Aufsicht, daß die Preissteigerungen von den Kohlenpreisen ausgehen, ist mithin nicht richtig. Diese Tatsache wird aber bei den Betrachtungen über die Preisentwicklung gewöhnlich nicht beachtet. Selbst die „Deutsche Bergwerks-Btg.“ vom 20. November schreibt:

„Auf die volkswirtschaftlichen Auswirkungen einer derart enormen und plötzlichen Kohlenpreiserhöhung kann nicht nachdrücklich genug aufmerksam gemacht werden. Die erste Folge wird die sein, daß sämtliche Gewerbebetriebe, die auf den Verbrauch von Kohle angewiesen sind — d. h. alle das gesamte deutsche Gewerbe — gerdet sein werden, flüssig die Verkaufspreise gemäß der Kohlenpreiserhöhung neu zu bemessen. Die weitere Folge ist die, daß ein weiteres Ansteigen der Preiskette einsetzt, das natürlich wieder seineszeitliche Lohnbewegungen größten Umfangs auslöst. Die neue Kohlenpreiserhöhung ist dennoch als Voräußerung großer Steuerungs- und Lohnwellen zu betrachten, die nur geeignet sind, unsere verlorene innerpolitische Lage in noch größere Unordnung zu bringen.“

Wenn die „Deutsche Bergwerks-Btg.“ die Zeit von 1914 ab nicht verschlafen hätte, müßte sie wissen, daß sich die Preisentwicklung unabhängig von den Kohlenpreisen gestaltet hat. Das haben wir noch in Nr. 44 der „Bergarbeiter-Btg.“ zählermäßig dargestellt. Bis zum Zusammenbruch sind nämlich die Kohlenpreise auf Kosten der Löhne verhältnismäßig niedrig geblieben worden. Die übrige Preisentwicklung wurde dadurch nicht gehemmt, sie vollzog sich vielmehr nach Angebot und Nachfrage. Mit dem Mangel stiegen die Preise unbegrenzt, die Löhne aber blieben immer weiter zurück. Ein freier Markt nehmend die Produzenten jeden Preis, den sie erreichen können, selbst wenn ihnen die Kohlen umsonst geliefert werden.

Durch Stabilisierung der Kohlenpreise allein kann auch keine allgemeine Preisentwicklung herbeigeführt werden, wenn man in der übrigen Wirtschaft der Arbeiter die Güter teilen läßt, wie es leider geschieht, ist unter Zustimmung der „Deutschen Bergwerks-Btg.“. Das hat sich bisher in jeder Beziehung gezeigt. Elf Monate lang, vom 1. Mai 1920 bis zum 31. März 1921 wurden die Kohlenpreise zwangsweise stabilisiert. In derselben Zeit stiegen noch Colliere die wöchentlichen Ernährungskosten für die vierköpfige Familie von 224,68 M. auf 351,27 M. oder um 126,64 gleich 57 Prozent. Die übrigen Preise zogen noch stärker an. Die Stabilisierung der Kohlenpreise war mithin wirkungslos. Damals hat sich auch die „Deutsche Bergwerks-Btg.“ gegen die wirkungslose Stabilisierung gewandt, heute schreibt sie entgegengesetzt, um den Arbeitern am Seuge zu dienen. Sie töricht nämlich:

„Bei einer Steinkohlenförderung von rund 90 bis 100 Millionen Tonnen nicht allein für das Ausland, die neue Kohlenpreiserhöhung

Wohlischen Markt aus, übersteigt also den Friedenswert des gesamten rheinisch-westfälischen Bergbaus um rund das Drei-, bis Siebenfache. Vermöge der Tatsache, daß die Kohlenförderung in erster Linie durch die Neuordnung des Bergbaus erfolgt, die den Bauern eine jährliche Mehrrendite von rund 9000 Mark brachte. Der Durchschnittsförderlohn im Bergbau beträgt jetzt rund das Zwanzigfache des Vorrieges. Dieser hat die Verkürzung also vollkommen ausgeglichen, hat ja sogar überschritten, wenn man die Verkürzung der Leistung in Betracht zieht, die infolge der Verkürzung der produktiven Arbeitszeit von 7 auf 5½ Stunden einen Rückgang der arbeitslosen Förderung von rund 370 000 auf rund 100 000 Tonnen verursachte, trotzdem die Zahl der Arbeiter von 60 000 vor dem Kriege auf rund 550 000 steigen erhöht werden ist.

Diese Darstellung sagt nicht, daß die Löhne und Kohlenpreise lediglich der allgemeinen Preiswelle folgten, die vorangegangener war. Darum ist sie objektiv falsch. Die Löhne haben sich auch nach der Neuordnung nicht gegen die Vorkriegszeit verschont, sondern allenfalls vor ihr abgehoben. Für den Fortdurchgang können die Arbeiter nicht verantwortlich gemacht werden. Darüber urteilte selbst die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ vom 16. November 1920 u. a.:

„Es ist zunächst zu betonen, daß im Kohlenbergbau seit sechs Jahren ein unerhörter Aufschwung getreten ist. Wir sind ganz allgemein in der Lage, das ohne weiteres nachzuprüfen. Der Rückgang der Förderung, sowie die Verschlechterung der Qualität der Kohlen sind vornehmlich die Folgen des Kriegs. Eine Besserung kann erst eintreten, wenn neue Schächte erbohrt werden und die betriebsfähigen Schächte durchweg sehr kostspieligen Erneuerungsanlagen unterzogen werden sind.“

Statt die Arbeiter herunterzurütteln, sollte die „Deutsche Bergwerks-Akt.“ sie der Wahrheit die Ehre geben und uns darüber hinaus sozusagen zur Erinnerung und Vermehrung geschehen ist. Aber nichts von dem. Statt dessen heißt sie weiter:

„Es ist ein Ding der Kürmäigkeit, die bisher im Ruhrbergbau — folge Sozialpolitik weiter fortzuführen. Das mit der vertretenen Lebenshaltung eine Erhöhung der Löhne bestimmt haben muß, ist selbstverständlich. Immerhin muß aber berücksichtigt werden, daß wir jetzt und Revolution hinter uns haben und daß sich daraus einige Folgerungen ergeben. Diese werden aber nicht gezogen, wenn z. B. die ledigen Bergarbeiter, die in den Ledigenheimen der Besten für 15 M. täglich wohnen und essen können, einen Barüberschuss an Lohn von mindestens 80 bis 100 M. täglich haben oder wenn die Bergarbeiter, die höchstens 120 Rentner-Deputatkölle für 50 M. je Rentner erhalten, von der Lohnversteuerung nichts merken. Eine derartige Lohnpolitik muß über kurz oder lang für die Sozialisten, die nicht vom Bergbau ziehen, zur Katastrophe werden. Zum mindesten ist zu verlangen, daß der Arbeitnehmer je ne Leistungen steigern muß, wenn er das erlaubende Einkommen erreichen will.“

Die „Rheinische Bergwerks-Ztg.“ hält die Fortsetzung der bisherigen Lohnpolitik für unmöglich, erklärt aber im gleichen Atemzug für selbstverständlich, daß die Löhne mit den Preisen schreiten halten müssen. Auch hier zeigt sich, daß die „Deutsche Bergwerks-Ztg.“ die Zeit seit 1914 verfehlten hat, sonst könnte ihr nicht entgangen sein, daß die Löhne hinter den Preisen immer weiter zurückgeblieben sind und Lohnverhöhungen immer erst durch vorausgegangene Preissteigerungen verhindert wurden. Auf derselben Höhe steht: das, was die „Deutsche Bergwerks-Ztg.“ über die Arbeiter in den Ledigenheimen sagt. Es ist nicht wahr, daß hier die Arbeiter für 15 M. täglich wohnen und essen können und einen Barüberschuss an Lohn von 80 bis 100 Mark haben. Sudem ist die Zahl der Arbeiter, die in Ledigenheimen wohnen, auch so gering, daß sie kaum über der Gesamtbeschäftigung gar nicht ins Gewicht fallen. Die Arbeiter im Bergbau erhalten allerdings Deputatkölle, aber damit zusammen noch keine Epizentrolle, die ihnen zuschlagen und auch leicht ist geprägt worden. Gegen den verdeckten Vorwurf der Faulheit brauchen wir die Arbeiter im Bergbau nicht zu verdecken. Wenn die Schriftleiter der „Deutschen Bergwerks-Ztg.“ auch nur halb so fleißig wären, wie die so gleichmäßigen Arbeiter dann wären, sie besser unterrichtet und würden nicht einen solchen Unrat bringen.

Doch die Lohn- und Kohlentreisverhöhungen preissteigernd wirken, ist selbstverständlich. Aber wie sollen wir uns dem Kreislauf entziehen? Wenn Löhne und Preise stabilisiert werden sollen, muß es allgemein geschehen, sonst ist es wirkungslos. Bisher haben die Bergleute fast allein und darum nutzlose Drucke gebracht und das kann man ihnen fernerhin nicht zumutten. Auf die Frage, wie wir uns dem Kreislauf entziehen sollen, geht auch die „Deutsche Bergwerks-Ztg.“ nicht ein. Was sie schreibt, ist daher nicht nur sinnlos, sondern auch zwecklos und schädlich. Es ist gleich zu merken dem folgenden Gefüllereck der Düsseldorfer kommunistischen „Freiheit“ vom 10. November:

„Preissteigerung — 150 Mark pro Tonne! Während einer Stunde muß ein Mann zwei Tonnen Kosten fördern, das gibt durch die Preissteigerung 200 M. Mehrwert erst für den Unternehmer, 27 M. Mehrwert für den Arbeiter — also 273 M. mehr Gewinn für die Kapitalisten aus einem einzigen Rumpel.“

Kommunistische „Freiheit“ und „Deutsche Bergwerks-Ztg.“ ergänzen sich wirkungsvoll. Es wird von links und rechts Un-

ion gehäuft und Unheit gestiftet. Das wir so nicht weiter können, ist selbstverständlich. Der Kreislauf wird weiter gehen und uns mitteilen, ob wir wollen oder nicht. Wenn wir aus diesem Kreis heraus und zu einer geordneten Wirtschaft kommen wollen, müssen wir erst erkennen lernen was ist. Betrachtungen der gekennzeichneten Art vergrößern lediglich die Verwirrung und treiben uns weiter dem Abgrunde zu.“ r. r.

Der Anteil von Kapital und Arbeit.

Professor E. Leibnitz (Heidelberg), Mitglied der Sozialisierungskommission, veröffentlicht im „Österreichischen Metallarbeiter“ (Nr. 24 vom 10. November) folgenden Artikel, der die weiteste Verbreitung und Beachtung verdient:

„Es liegt nach dem Zusammenbruch auch die Normstellung des Unternehmers selber erschöpft war und sich das Streben nach Überführung der Produktionsmittel in die Hände der Allgemeinheit überall rasch verstieß, als die politische Macht in die Hand der sozialistischen Parteien gelangt war, begegnet der Gedanke einer Mittelbestimmung der Arbeiterschaft am Produktionsprozeß fast einem Widerstand. Im Gegenteil: die Aktionäre als Vertrag damals, um radikale Maßnahmen zu verhindern, selbst den Gedanken der Arbeitsgemeinschaft, bot der Arbeiterschaft selbst weitgehende Mitwirkung an der allgemeinen Wirtschaftspolitik an und ergänzte es allerorts durch Vorschläge welche mehr oder minder auf Gewinnbeteiligung der Arbeiter an den Unternehmungen hinausliefen. Als dann — ke den Wahlen zur Nationalversammlung — wieder eine blügerliche Mehrheit gebildet war staut die Begeisterung der Unternehmer für die Teilhaberschaft der Arbeiter an den Unternehmen mehr als ab. Sie kam aber wieder, als die Regierung nach den Abkommen von Spa an die völlige Mithilfe der Bergarbeiterkraft appellieren musste und diese förmlich die Sozialisierung forderte. Damals wurde, besonders im Reichswirtschaftsrat, der Gedanke der Kleinaktionäre vertreten, der ja im Wesen nichts als eine Gewinnbeteiligung des einzelnen Arbeiters oder der Arbeitergemeinschaft darstellt. Man sah, je nach den Entwicklungslinien der politischen Lage ist das, was die Unternehmer für ausführbar und möglich halten, sehr verschieden. Und so darf es nicht wundern, daß bald darauf, als auch in Deutschland die Wirtschaftsrichtung sich klar wurde, es auch von einer Sozialisierung, selbst in dem abgeschwächten Sinne wie die Unternehmer das Wort verkehren, sehr soll wurde. In dieser Zeit ist auch eine Flugschrift, die der Geheimrat Deutsch, der Vorsitzende des Direktoriums der Allgemeinen Elektricitäts-Gesellschaft, im Frühjahr 1919 zum erstenmal veröffentlichte, wieder aufgelegt worden.“

Welches ist der Anteil von Kapital und Arbeit am Ertrag der Unternehmungen, fragt Geheimrat Deutsch. Eine auch für die Arbeiter sehr wichtige Frage, wechselt es nicht uninteressant ist, zu sehen, zu welchem Ergebnis der Verfasser gelangt. Zunächst ein Wort über seine Fragestellung. Der Anteil von Kapital und Arbeit läßt sich nur dort schätzen bzw. berechnen wo eine Veröffentlichung der Bilanz erfolgt, also in den Aktiengesellschaften. Geheimrat Deutsch fragt nun einfach, wieviel die Arbeiter und Angestellten zusammengekommen an Lohn erhalten und welche Summen an die Aktionäre ausgezahlt werden, offenbar aus der Erwidung heraus, daß bei einer Gewinnbeteiligung die Arbeiter nur einen Teil dessen erhalten könnten, was heute die Aktionäre bekommen. Zu die Fragestellung geschäftigst!

Zunächst sei besont, daß der Sozialismus niemals, was der Autor anzunehmen scheint, unter Sozialisierung die Verteilung des Reingewinnes an die in der Industrie tätigen Arbeiter verstanden hat. Diese Verteilung des Reingewinnes an die Arbeiter ist vielmehr eine kleinbürgliche Vorstellung, welche den Sozialismus nicht als Neuordnung auf dem Gebiete der Wirtschaft und als Ausdruck von Bestrebungen auffaßt, die letzten Endes die Gesamtheit der arbeitenden Menschen zu Freiheit über den Produktionsprozeß machen will. Diese kleinbürgliche Vorstellung versteht unter Sozialismus, so oft auch versucht worden ist, sie zu kritisieren, entweder die Schaffung gigantischer Staatsbetriebe, oder noch einfacher: daß Aufgaben des gesellschaftlichen Reichtums auf gleiche Kopialwoten. Daß der gesellschaftliche Überfluss, auf den Kopf gerechnet, sehr geringe Resultate erbringt, ist dem wissenschaftlichen Sozialismus bekannt und er wird daher nicht von einer Aufführung des Reingewinnes auf die Arbeiter eine grundlegendende Aenderung des wirtschaftlichen Aufbaues erwarten.

Eine zweite Frage ist die, in welcher Weise man überhaupt „Anteil von Arbeit und Kapital“ miteinander vergleichen kann. Dabei sei stilem dem Verfasser leidenschaftlich ist, ganz davon abgesehen, daß der Anteil der Arbeit ein Entgelt für geleistete Arbeit, der Anteil des Kapitals aber ein Renten ist, denn in den Aktiengesellschaften ist ja alle Unternehmerarbeit durch Gehalter der Leitung und Kontingenzen bezahlt. Der Verfasser verzahnt nun so, daß er einfach die Gesamtsumme der Löhne und Gehälter auf der einen Seite, die Gesamtsumme der verteilten Dividende auf der anderen Seite notiert und das Verhältnis der beiden Ziffern stellt. Dann ergibt sich, daß in den Jahren 1908 bis 1917 von je 100 M., die für Lohn und Dividende zusammengekommen ausgegeben wurden, die Arbeiter 87, die Aktionäre 13 M. erhielten; dagegen stellt sich das Verhältnis im letzten Jahre wie 96 : 4. Das ist auf den ersten Blick verblüffend. Aber es würde sich ein ähnliches Resultat ergeben, wenn man das Verhältnis der Ausgaben für Robosse, Slosser, kurz: die übrigen Produktionskosten zu den Dividendenstellte. Denn es haben sich eben die Umstände außerordentlich erhöht, während die Gewinne eine andere Form angenommen haben. Es ist nämlich sehr irrig, anzunehmen, daß der Aktionär der meisten Aktiengesellschaften nur seine Dividende erhält. Vielmehr hat er verdient und offen, in der Regel der Hälfte in den letzten zwei Jahren, sehr erhebliche Gewinne erzielt, die in der Bilanz nicht zum Ausdruck kommen. Erstens wurden neue Aktien ausgegeben, weil das arbeitende Kapital bei den steigenden Umsätzen erhöht werden mußte. Dabei gingen aber die Gesellschaften meist so vor,

dass sie den bisherigen Aktionären das Recht gaben, die Aktien zu pari oder wenig darüber zu erwerben, während sie an der Börse weiter höher (z. B. 200 bis 300) notierten. Jeder Aktionär hatte also die Möglichkeit, die neuen Aktien mit hohem Gewinn zu verkaufen, und hat also über die Dividende hinaus Einnahme erzielt. Zweitens die Dividende bezog sich infolgedessen nicht mehr auf das ursprünglich eingezahlte, sondern ein höheres Kapital, wenngleich der Aktionär seine Einlage kaum wesentlich zu erhöhen hatte. Sie erhält also, auf Kapital bezogen, niedriger, als sie es tatsächlich ist. Eine Aufstellung, welche diese Daten nicht berücksichtigt, ist irreführend. Drittens hat sich der Aktionär über die Kursschwankungen nicht mehr erhalten kann, als er für die Aktie bezahlt hat. (Doch der Kurs trocken bleibt noch zu niedrig steht, wenn man den inneren Wert der Unternehmungen veranschlagt und den heutigen Ausschau der Markt in Betracht zieht, ist eine Sache für sich, darin steht für den leichten Aktionär noch eine große Reserve.) Wenn man also im Durchschnitt der Aktiengesellschaften einmal feststellen würde, was der Aktionär im Jahre 1918 für sein Papier bezahlen mußte, was er inzwischen an Dividenden und „Jungen“ Aktien erhielt, und welchen Wert wird das alles darstellen, so würde man zu wesentlich anderen Ergebnissen gelangen als der Verfasser der Flugschrift. Ja, man muß sogar, was Herr Geheimrat Deutsch auch hier und da durchdringen will, eher darüber klagen müssen, daß die Gesellschaften ihren Aktionären zu sehr entgegenkommen sind. Sie haben durch die zu hohen Höngte der jungen Aktien die Kapitalgrundlage der Unternehmungen geschwächt und tatsächlich sehr große Teile des Kapitals an die Aktionäre ausgeschüttet. Wenn der Geheimrat Deutsch darüber besorgt ist, daß es keinen Ausschau der Unternehmungen in Zukunft schwer sein werde, die Mittel für ihren Ausbau zu beschaffen, so würde daran die verschleierte Finanzpolitik, die Gewidrigkeit zu billiger Belegschaft, die Hauptshuld tragen. Es ist also gerade das Gegegen teil von dem richtig, was der Verfasser sagt und was er bei seiner Stellung natürlich auch sehr gut weiß: die Aktionäre haben, volkswirtschaftlich betrachtet, zu viel erhalten. Statt dessen lesen wir: die Dividende beträgt, auf den Kurswert gerechnet, nur 2,7 Prozent. Demgegenüber müßte man fragen: Sind die deutschen Kapitalisten insgesamt wirklich so geschäftsunfähig, ihre Fehl in Papieren anzulegen, welche doch 2,7 Prozent tragen, während sie in Reichsbanknoten beim heutigen Kurs mehr als 6 Prozent erzielen können? Wenn also einmal in objektiver Weise die Gesellschaften der wirtschaftlichen Entwicklung in den letzten beiden Jahren geführt werden wird, wird sich Urteil über den „Anteil des Kapitals“ etwas anders ausfallen. Es wird sich zeigen, daß es nicht die Arbeit war, welche ihren „Goldwert“ aufrechterhalten konnte, und daß es nicht das Kapital und nicht die Aktionäre waren, die wirtschaftlich ins Hintertreffen gerieten. Es wäre eine durchbare Aufgabe, einmal zu untersuchen, wie sich das Verhältnis stellt, wenn diese hier erörterten Gesichtspunkte berücksichtigt werden. Gehen wir in Deutschland, wie es z. B. in Österreich, wo die Arbeitersklaven sind gebliebene Verteilungen der Arbeiterschaft mit einem in menschlichen Stab, so würde eine solche Untersuchung zu ihren Aufgaben gehören. Denn jedenfalls ist es ein bedauerlicher Zustand, daß die Großfamilie von der Handelskammer Berlin in vielen zehntausenden Exemplaren verbreitet wird, und bliebt, soweit zu sehen, noch von keiner öffentlichen Stelle die kritische Sonde an die Untersuchungsmethoden und Ergebnisse gelegt wurde.“

Die Kosten, welche für die von Professor Leibnitz hier so treffend gekennzeichneten Spiegelstekturen verantwortlich waren, sind weggeworfen, denn daran glaubt doch niemand mehr. Das Misstrauen wird vielmehr noch außerordentlich gefeuert durch die Ausschaltung der Betriebsräte. Statt diese in ihren Aufgabenkreis einzuführen und mit allem vertraut zu machen, geschieht alles, um sie auszuschalten. Wie unglaublich kann man die Arbeiter halten, daß man trocken glaubt, sie mit solchen Spiegelstekturen sorgen zu können! Davon sollte man endlich ablassen. Die Betriebsräte werden sich trotz aller Hemmnisse doch nach und nach in die Dinge hineindringen. Daher ist es besser, belästigen andere Wege zu gehen, bevor es zu spät ist.

Einmalige Beihilfe zur Leistungszulage für die Invaliden, Witwen und Waisen in der Kaliindustrie.

Auf unsere Eingabe vom 14. September 1921 an das Reichsministerium und den Reichsstatthalter, in der wir um weitere Beihilfen für die notleidenden Invaliden, Witwen und Waisen ersuchten, erhielten wir unter dem 19. November d. J. vom Reichsstatthalter folgendes Schreiben:

„Im Hinblick auf die zurzeit herrschenden Leistungszulagsfälle hat die für die Bewilligung von Zulagen aus dem Gehalmillionenfonds vom Reichsstatthalter geschaffene Kommission am 27. September entschieden, den in Reichsstatthalter und dem Reichsstatthalter mit einem in menschlichen Stab, so würde eine solche Untersuchung zu ihren Aufgaben gehören. Denn jedenfalls ist es ein bedauerlicher Zustand, daß die Großfamilie von der Handelskammer Berlin in vielen zehntausenden Exemplaren verbreitet wird, und bliebt, soweit zu sehen, noch von keiner öffentlichen Stelle die kritische Sonde an die Untersuchungsmethoden und Ergebnisse gelegt wurde.“

Über eine Erhöhung der bisher gewährten regelmäßigen Zulagen ab 1. Januar 1922 wird noch Entscheidung getroffen werden.“

Gesetzgebung und Verwaltung.

Wozu noch Berggewerbebegleitete?

Sieben Arbeiter der Zeche Werne III sagten gegen die Bergverwaltung auf Zahlung des Haushaltsgeldes. Die Verhandlung stand im Juli d. J. vor dem Berggewerbege richt (Sachkommissionen) statt. Der Vorsitzende des Betriebsrates vertrat die Klage. Das Berggewerbege richt kam am 10. August zu folgendem Urteil:

„Die Zeche Werne III wird verurteilt, den Klägern das Haushaltsgeld zu zahlen, soweit es durch Urkunde belegt werden kann.“

Sollbert in verblüffend klarer Weise die Aufgaben einer solchen wirtschaftlichen Schulung, besonders unter dem Gesichtspunkt, an die Massenbewegung der Gewerkschaftsbewegung heranzutragen. Von der veränderten Stellung der Gewerkschaften zum Staat und der Wirtschaft ausgehend, spricht er die staatlichen Schulungsbildner für die Gewerkschaftsbewegung. Die Versuche gewerkschaftlicher Selbsthilfe auf diesem Gebiet werden an markanten Beispielen erläutert, um nach den bisherigen Erkenntnissen ein Bild zu gewinnen welche Probleme sich hier ergeben. Da der Verfasser unmittelbar der Bewegung steht und ihm als Referent im Ministerium für Unterricht reiches Erfahrungsmaterial zur Verfügung gestellt ist, so sind seine Ausführungen von ganz besonderem Interesse. Bei der Wichtigkeit des Themas ist das Buch für weiteste Kreise von großer Bedeutung, um so mehr, als es nicht eine Reihe einer Reihe von Lehrbüchern und Sachen ist, die die Durchführung der eigentlichen wirtschaftlichen Schulung begleiten. Es ist nämlich sehr irrig, anzunehmen, daß der Aktionär der meisten Aktiengesellschaften nur seine Dividende erhält. Vielmehr hat er verdient und offen, in der Regel der Hälfte in den letzten zwei Jahren, sehr erhebliche Gewinne erzielt, die in der Bilanz nicht zum Ausdruck kommen. Erstens wurden neue Aktien ausgegeben, weil das arbeitende Kapital bei den steigenden Umsätzen erhöht werden mußte. Dabei gingen aber die Gesellschaften meist so vor,

sind es, die sich mit ihrer ganzen jungen Kraft dem Vorurteil der Gesellschaft, in diesem Falle dargestellt durch frostige Familiendebitionen, entgegensemmen. Sie zerbrechen an der Härte der Wand, gegen die sie antreten, aber sie nehmen willig den Tod hin, statt der Unterwerfung. Die beiden Schweizer Bauernlinien führen ihren Kampf gegen das gesellschaftliche Vorurteil, sie vollbringen ihre Opferstätte wohl nur für das eigene Glück. Aber sie sind dennoch in ihrem mutvollen Kampf und ihrem freien Sinne Menschen, in denen die Liebe verschafft ihresgleichen sehen kann. Der Schweizer Otto Schäffer hat durch einige Bildbeispiele Anna Siemens kräftig in der Neugestaltung des Werkbuchs unterrichtet. In der Zeichnung ist der frische Dorf vor das Dämonisch-groteske der Erzählung lebendig. Sie geben dem auch sonst geschmackvoll ausgestalteten Bändchen zugleich ein hübliches äußerliches Gesicht. Das Bändchen kostet 12 M., es sollte bald in jedem Arbeiterraum und vor allem auf jedem Weihnachtsmarkt zu finden sein.

Schulmengeschäfte vom kleinen Heim.

Adolf Jensen und Wilhelm Lampe haben unseren Kindern mit diesem Buch eine reiche Gabe gewidmet. Kindliche Welt, von Kindern selber dargestellt, kindliches Sinnen, von Kindern erzählt — das ist der Inhalt und der Wert dieses Buches. Aber nicht nur Kinder waren diese reizenden, lustigen und nachdenklichen Geschichten von Schülern und Angestellten, von Eltern und Schülerleben, von all den bunten und schönen im Kinderleben ursprünglich erzählten, sondern für die Schule. Nicht für ein gebrauchtes Buch, sondern für das Aufmachwerk. Es gehört nicht dazu, sie aus ihrem Dunsel zu holen, um sie ins Licht zu stellen. Aber das Ergebnis rechtfertigt die Tat. Was mag das wohl für eine Schule sein, in der die Kinder so stark und frisch, so ohne Scheu und ohne Zwang, so ganz aus ihrem liebendigen Kindergarten wie plaudern wollen? Es ist das Schulideal, das uns die Verfasser jüngst in ihrem Buche „Schulsoziale oder Gemeinschaftsschule“ gewidmet haben. Und somit gilt ihre neue Gabe nicht nur unseren Kindern, sondern auch uns. Wir sehen in den kleinen Geschichten die Frucht eines Schulunterrichts, einer Menschentbildung, wie wir sie schreken müssen, einmal handgreiflich vor uns. Unmittelbar spricht hier das Kind-für-unseine Schulziel. Unseren Kindern aber bietet Hugo Stielzle geistige Freizeit, der den Unterricht gern, ein Schulum, wie er wirklich in diesem Buch steht, wird ihren Spaß an diesem Gelehrten berührt. Und wenn wir die drolligen und ersten Sachen mit den kleinen lesen, dann können wir ihnen den lieben Sinnen dieser Autoren als Schullehrungen zeigen. So ist das Buch ein Lesebuch im besten Sinne, ein Lesebuch für das Elternheim, eine Freude für die Kleinen und ihres Sohn erst in seiner ganzen Tiefe: wachhafte Proletarientypen, die Kleinen und ihr Leben, die Kleinen und Julia auf dem Dorfe“ vor. Die Neuauflage des vorherigen Alters ist ein einfacher Nachdruck, sondern eine eigene Schöpfung der Buchhandlung. Anna Siemens hat sich in einer Erweiterung herauftretend um sie verdient gemacht. Sie gibt den Neubau die eigene Rose. Sie erschließt uns das Schloss Arensburg und ihres Sohn erst in seiner ganzen Tiefe: wachhafte Proletarientypen.

Bücher und Schriften.

Die Marxischen Geschichts-, Gesellschafts- und Staatslehre.

Grundzüge der Marxischen Soziologie von Heinrich Cuno. Zweiter Band. 1921. Buchhandlung Vorort. Gebund. 55 M.

Das Gesamtwerk in zwei bauklugen Hälftenbänden 100 M.

Mit seinem zweiten Band der „Marxischen Geschichts-, Gesellschafts- und Staatslehre“ hat Heinrich Cuno seine Darstellung der Marxischen Soziologie erneut. Jetzt erst lassen sich seine weitreichenden Erklärungen auf Soziologiemenge überblicken. Er hat nicht nur aus gelegentlichen versprechen Marxschen Ausführungen über Wirtschaft, Gesellschaft, Staatslehre, Politik, Klassenkampf, Staat usw. eine Marxische Soziologie aufgebaut, nein, er hat diese in wesentlichen Punkten erweitert und vertieft. Nur sieht sich aus Cunos Kästchen Darstellungen heraus, daß Marx nicht eine sich nur an die Sozialtheorie der Technik anklammende soziologische, sondern eine wirkliche ökonomische Sozialaufstellung begründet hat. Der Anfang Engels' Engels' an Morgan, der als gesetzsgesetzlicher Sozialist die Produktion von Menschen, der Produktion von Gütern gleichsetzt und den historischen Verlauf von den Geschichts- und Kausalzusammenhangen g

In der Begründung wurde betont, daß das Haushalts- und Söldergeld nicht unter den Begriff „Sohn“ falle und daß hierzu keine innerhalb acht Tagen nach erfolgter Lohnzahlung erforderliche Lohnraklamation erforderlich sei. Dieses Geld saue rechlich der Verjährungsfrist anheim.

Die nicht gezahlten Gelder dienten teilweise bis Oktober vorigen Jahres zurück, also von ihrer Einsichtung ab. Da der Betrag für alle sieben Kläger über 1000 Mark betrug und die Berufungsmöglichkeit gegeben war, legte die Beche beim Landgericht Dortmund Berufung ein.

Nun lagte am 18. August ein anderer Arbeitgeber derselben Schachtanlage in gleicher Angelegenheit den Betrag von ungesch. 600 Mark ein. Hieraus kam eine Anfrage des Vorsitzenden der Sprudammer Linien, ob der Kläger damit einverstanden sei, daß seine Klage ausgesetzt würde, bis der Berufungstermin in Dortmund stattgefunden habe. Der Kläger verneinte dieses mit dem Hinweis, daß er mit dem Berufungstermin gar nichts zu tun habe, und verlangte, daß seine Klage zur Verhandlung komme. Am 3. November stand der Termin in Linien statt. Wer aber glaubte, es sollte verhandelt werden, ber war auf dem Holzweg. Der Sprudammervorsteher wurde durch einen anderen Herren vertreten und der Termin wurde um drei Wochen versetzt. Am 18. November stand der Termin in Dortmund statt.

„Ist angesichts solcher Tatsachen das Berggewerbege richt nicht vollständig überflüssig?“

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Die Förderung im Ruhrkohlegebiet

hat sich im Oktober gegen September um ca. 200 000 Tonnen erhöht:

	Gesamt-förderung	Jahre der Arbeitstage	Förderung
1921 Oktober	8 047 839 Tonnen	26	309 514 Tonnen
1921 September	7 823 871 Tonnen	26	202 072 Tonnen
1921 Februar	8 174 606 Tonnen	24	340 600 Tonnen
1918 Oktober	9 895 000 Tonnen	27	368 484 Tonnen

Die arbeitsfähige Förderung ist mithin von 202 072 Tonnen im September auf 309 514 Tonnen im Oktober gestiegen. Die Mindestförderung beträgt im Vergleich zum Februar (dem letzten Ueberleichtmonat) rund 81 100 Tonnen und im Vergleich zum Oktober 1918 rund 57 000 Tonnen. Im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau waren Ende Oktober 1921 551 730 Arbeiter beschäftigt gegen 550 502 Ende September 1921 und 519 885 Ende Oktober 1920. Seit Oktober 1918 hat sich die Belegschaft um etwa 120 000 Mann vermehrt. Der Bergbau sieht so gut wie ganz unter privatkapitalistischer Verwaltung. Ein nennenswerter Einfluß der Gewerkschaftsbewegung auf die Betriebsfertigung existiert noch immer nicht. Das Bewußtsein, für die Fortschreibung privatkapitalistischer Profitbedürfnisse zu arbeiten, beherrscht die Arbeiterschaft.

Die Bilanzen der Industriewerke

verblassen mehr denn je die Beachtung der Arbeitervertreter. Wenn man die Bilanzenangaben einer Reihe von Jahren hindurch verfolgt, dann merkt man das Bestreben der Werkstätten, möglichst viel von den Ueberschüssen zu verbunkeln, damit die Oeffentlichen Leinen ehrlichen Einblick in die Werkswirtschaft gewährt. In der „Weltmeister-Zeitung“ steht A. Dörgel einige der Bilanzenstückchen auf, mit deren Hilfe man den nosidenden Aktiendien Sondergewinne zuschaut. So erzielten die Aktionäre von Bönnir (Hörde) das Bezugsrecht der neuen Aktien zum Kurs von 110. Das macht entsprechend einem Börsenkurs von 910 einen Ertrag gewinn von 800 Prozent. Dörgel schreibt weiter:

„Alles übertragt jedoch der Abschluß der Mannesmann-Bilanzreihe A. G. Das Stamm-Aktienkapital beträgt 86 Mill. Mark, der Rohgewinn 221.718 Mill. Mark, also fast dreimal so viel als das Aktienkapital. Der Erlös für den abgetrennten Teil der Saarwerke, 178 949 703 Mill., wird als Rücklage für Neuanlagen verwendet. Außerdem werden dem Wertberichtigungskonto 50 Millionen und weitere Rücklagen 49 870 000 Mill. zugeführt, erster Summe aus dem Rohgewinn, letztere aus dem Nettoertrag. Der Gewinnvortrag beträgt 7 475 000 Mark, die Dividende von 20 Prozent (gegenüber 20 Prozent i. V.) entspricht 28 000 000 Mill., also nur den neunten Teil des Rohgewinns und den dritten Teil des Nettoertrags ausschließlich Vortrag.“

Die „Vossische Zeitung“ vom 30. Oktober 1921, Morgenaugabe, steht hieraus folgenden Schluß:

„Bei aller Vorsicht, die von den großen Werken bei der Bilanzübersicht wohl verlangt werden kann, muß man jedoch sagen, daß in dem vorliegenden Falle mit den Rücklagen anscheinend etwas zu weit gegangen worden ist und daß den Aktionären der Aktiendien auf eine dem erzielten Gewinne entsprechende Dividende hier nicht genüge getan worden ist.“

Wir sind der Ansicht, daß nicht den armen Aktiendien mehr Dividende zugestanden hätte, sondern daß die Preise im Interesse der Allgemeinheit hätten niedriger gehalten werden müssen. Den Aktiendien geht nichts verloren, wenn um die Summe der Rücklagen verbessert sich ja der innere Wert des Unternehmens, und was den Aktiendien jetzt nicht zusieht, kann ihnen ja später, da inzwischen die Rücklagen als gute Kapitalanlagen außerordentlich noch wirken, in vermehrtem Umfang zugeschlagen werden. Heraus ergibt sich bei einem der wichtigsten Rohstoffe, dem Eisen, eine ungeheure Versteuerung, die sich bei der Preisbildung aller Bedarfssorten unheilvoll geltend macht.“

Wenn darum die Arbeiters und Angestellten eine Erhöhung ihres Einkommens fordern müssen, dann heißt die Kapitalistenpreise gegen die „Gegenseitigkeit der Massen“. Auch dem „Vater Staat“ werden die ungewöhnlichen Preise für Eisen, Stahl, Maschinen usw. abgenommen. Hinterher wird die „Desizitärökonomie“ der Staats- und Reichsbetriebe zum Vorwand genommen, diese Betriebe für die Privatindustrie zu fordern. Das Einkommen der Eisenbahnen ist seit 1914 um das Beinhalfte Broßfache gestiegen, mehr als doppelt so viel über die Materialpreise. Über die Steigerung der Materialien für die Eisenbahn sind vor kurzem folgende Zusammensetzungen gemacht. Es betragen die Preise für Lokomotiven 94 000 Mark in 1913, 1 520 000 Mark in 1921, für Personenzugwagen 39 000 Mark in 1913, 595 000 Mark in 1921, für Güterwagen 37000 Mark in 1913, 62 000 Mark in 1921, für eine Tonne Kohlen 18 Mark in 1913, 388 Mark in 1921, für eine Tonne Schotter 118 Mark in 1913, 2277 Mark in 1921, für Schwellen 109 Mark in 1913, 2317 Mark in 1921, für Stahleisen 98 Mark in 1913, 5000 Mark in 1921.

Dieart gewaltige Preisabschlag macht die kolossal Gewinne der Eisen- und Stahlwerke, natürlich auch das Desit der Eisenbahnen erschrecklich. Hier muss die Eisenbahndewaltung energisch einzutreten, dann handelt sie im Allgemeininteresse.

Die Preise für Siegerländerze

stieg für Dezember um 90 Mark für zehen und 75 Mark für gerösteten Spat pro Tonne erhöht worden. Das ist die dritte Preiserhöhung innerhalb eines Vierteljahrtes. Die Nachfrage nach Erzen ist stark.

Die Kohlenförderung Oberösterreichs

hat sich im Oktober gegen den Vormonat um fast 200 000 Tonnen erhöht. Nachstehend bringen wir die Förder- und Verkaufsdaten in den ersten zehn Monaten 1921 (in Tonnen):

	Gesamt-förderung	Durchschnittliche Förderung	Verkauf nach Inland	Verkauf nach Ausland
Januar	3 891 820	117 576	1 248 468	665 132
Februar	2 811 904	122 207	1 207 950	708 371
März	2 696 073	107 248	1 001 068	698 979
April	2 922 670	112 410	1 196 892	768 480
Mai	977 806	—	71 429	118 770
Juni	—	—	—	—
Juli	2 074 123	79 774	193 684	370 396
August	2 609 769	98 658	1 286 338	621 433
September	2 678 092	103 001	1 289 028	576 070
Oktober	2 867 443	109 902	1 289 148	488 849

Von dem Auslandsverband gingen im Oktober nach Teutschland 209 729 Zentnen (Spa-Rohren) 101 462, Ziegeln 50 810, Zement und Blei 22 688 Zentnen. Von den 245 097 angeforderten Waggons fehlten. — Die Bahnen könnten noch nicht festgestellt werden.

Die Preise für Baumwolle

Die Grundsätze für Baumwolle zum Haushalt sind auf 60 bis 71 Pf. pro Tonne eingestellt. Steuer ermäßigt worden. Für den Handelsaufschlag erhöhen sich die Grundsätze um 4 Pf., ob Hafen Saarbrücken um 10 Pf. so daß dem Frankfurter müssen pro Tonne ca. 80 Mark, 1600 Pf. pro Tonne, es geht weiter!“

Der mitteldeutsche Braunkohlenbergbau im Oktober.

Im Gebiet des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaus betrug die Rohkohlenförderung im Oktober 7 192 843 Tonnen, die Bruttobeförderung 7 016 622 Tonnen. Im Vormonat belief sich die Rohkohlenförderung auf 7 008 515 Tonnen. Es hat mithin die Rohkohlenförderung im Oktober gegen den Vormonat eine Steigerung um 2,51 Prozent, die Bruttobeförderung eine solche um 1,53 Prozent erfahren. Im Oktober v. J. betrug die Rohkohlenförderung 7 160 712 Tonnen, die Bruttobeförderung 7 063 658 Tonnen. Gegen den vorjährigen Oktober vergrößerte sich mithin die Rohkohlenförderung um 1,16 Prozent, die Bruttobeförderung um 0,93 Prozent. Der Abfall an Rohkohle hat sich infolge der besseren Beschäftigung der Industrien und der bedrohenden Erhöhung der Kohlenpreise im Berichtsmonat wesentlich gesteigert, konnte aber infolge des harten Wagenmangels nur teilweise befriedigt werden. Auch in Brüxen waren die Absforderungen sehr stark, so daß bei dem herrschenden Wagenmangel vielfach auf Stoß gekreist wurde.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Professor Dr. Franz Staudinger t.

In den ersten Morgenstunden des 18. November ist der weithin bekannte Theoretiker und auch Praktiker in der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung, Professor Dr. Franz Staudinger, im 73. Lebensjahr in Darmstadt gestorben. Staudinger hat mit allezeit frischem Geist und fröhlichem Mute dem hohen Gedanken der genossenschaftlichen Gemeinwohlfahrt gedient. Er war Mitglied des Ausschusses des Zentralverbandes und der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine und des Ausschusses der Darmstädter Konsumgenossenschaft; seine zahlreichen sozialwissenschaftlichen und genossenschaftlichen Schriften und Abhandlungen haben seinen Namen in alle Welt getragen. Nun ist der nimmermüde Vorkämpfer einer stützhaften, besseren Wirtschaftsordnung, der Mann, den die deutschen Konsumgenossenschaften mit Stolz „unseren Professor“ nannten, ins Reich des ewigen Friedens gegangen, nachdem er noch in verhältnismäßiger Mülligkeit am internationalen Genossenschaftskongress in Basel im August d. J. teilgenommen und zuletzt vom Karlsruher aus einen längeren wissenschaftlichen Beitrag für die „Konsumgenossenschaftliche Handelschau“ verfaßte. Die deutsche Genossenschaftsbewegung steht traurig, aber in Dankbarkeit an der Dahme dieses hervorragenden Mannes.

Internationale Rundschau.

Trotsportarbeiter-Internationale und Weltwirtschaftskrise.

Das Internationale Exekutivkomitee (Generalrat) der Transportarbeiterverbände löste nach eingehender Erörterung der Weltwirtschaftskrisis folgenden Besluß zur Wiederaufstellung:

Der Generalrat der Internationalen Transportarbeiter-Überleitung versucht mit Beunruhigung den fortwährenden Rückgang im Welthandel, der für die in den verschiedenen Zweigen des Transportgewerbes gewöhnlich bestätigten Arbeiter zunehmende Arbeitslosigkeit im Gefolge hat. Der Rat ist überzeugt, daß die durch die Schwankungen der Weltmarktpreise der verschiedenen Länder hervorgerufene Unsicherheit langsam aber sicher den Austausch von Gütern und gegenwärtigen Leistungen, welche vor dem Kriege eine so große Rolle spielten, verunsichert. Der Rat warnt die Arbeitnehmer in den Ländern der Entente und den neutralen Staaten vor den schädlichen und unscharfen eintrittenden Resultaten des seitigen Rückgangs des Lebensstandards, der den Arbeitern Europa durch die schrecklichen Wirkungen der Friedensverträge ausgezwungen wurde. In der Handelskonkurrenz auf dem Weltmarkt, aber was noch davon geblieben ist, hat die wirtschaftliche Neutralität der Länder Europas unfehlbar ihr Ende, daß die Arbeitnehmer in den anderen Ländern zur Annahme einer Reduktion der wirtschaftlichen und nemoralen Höhe gezwungen sind. Alle organisierten Arbeiter und freizeit diejenigen der Entwicklung müssen deshalb alle Anstrengungen machen, um ein einschneidendende Revision der Friedensverträge zu sichern, die sich als wirtschaftlich ungünstig und moralisch verwerflich erweisen haben.“

Die italienischen Gewerkschaften

sind von den Moskauern als ein besonders auffälliges Experimentfeld in Anspruch genommen worden. Es schien auch, als ob Moskau in Italien einen vollen Sieg feiern würde. Nun hat der Nationalrat der italienischen Gewerkschaften sich in Rom mit den Ausprächen der Moskauern beschäftigt. Das Resultat: der sehr bewogenen Debatte war die Ablehnung der kommunistischen „Taktik“ mit 1 426 521 gegen 416 712 Stimmen! Gegen den Kongreß in Rom (Februar 1921) bedeutet das eine Zunahme der nichtkommunistischen Stimmen um 71 295.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Was sind Weltmarktlöhne?

In diversen Belegschaftsversammlungen sind „Vollstewirte“ moskowitischer Richtung aufgetreten und haben gesagt, man müsse „Weltmarktlöhne“ fordern. Natürlich losender Befall beim Anhänger. Die „Vollstewirte“ sollen uns erst einmal sagen, was sie unter „Weltmarktlöhnen“ verstehen. Es gab nie einen „Weltmarktlohn“ und es gibt keinen. Der Arbeiterlohn in Deutschland müsse irgend einem Auslandslohn gleichgestellt werden. Aber welches Land soll zur Grundlage dienen? Nehmen wir z. B. jenes, dessen Valuta im Vergleich zu der deutschen am höchsten steht, die Vereinigten Staaten von Amerika. Dort schwankt der Hauerlohn zwischen 7–14 Dollar, im Mittel 10 Dollar. Das sind, den Dollar nur zu 250 Mark gerechnet, 2500 Mark pro Schicht! Gibt es bei uns einen denkfähigen Arbeiter, der einen solchen Lohn für möglich und durchführbar hält? Gehen den Fall, dieser 2500 Mark-Lage-Lohn würde gezahlt, im Au wieder doch die Preise aller Bedarfssorten sich diesem Lohn verstellen! Selbstredend ist dies ein ungünstiger Zustand und muß verhindert werden, ehe die Unternehmert die Lohnabnahmen und für die Arbeit die Leistung in demselben Maße vorhanden ist, wie auf den anderen Stellen. Die Konferenz hat aber volles Vertrauen zu den Deutzen unseres Verbandes und erhofft von ihnen, daß dieselben bei den wahrgenommenen Stellen dahin wirken, daß endlich mal Schluß gemacht wird mit jeglicher Preissteigerung. Die Konferenz lehnt es entschieden ab, daß Arbeitnehmer sich ohne Rücksicht auf die Interessen der organisierten Arbeitnehmer zu vertreten. Vor allen Dingen verurteilt sie die Schreiber und die Auslegung des „Ruhrt-Echo“ über die abgeschlossenen Lohnabnahmen und die Lohnverhandlungen im Bergbau. Jeder Wahlkreis Verständigt sofort, daß die Schreiber des „Ruhrt-Echo“ eine bewußte Durchführung ist, nur um die Arbeitnehmer zu verunsichern, die Gewerkschaften zu zerstören und den Unternehmern in die Hände zu geben. Die Konferenz lehnt es entschieden ab, gewerkschaftlichen Funktionären und politischen Wirkspersonen zu folgen. Nur die ehrliche gewerkschaftliche Disziplin kann uns zum Ziel führen.“

Weiter wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Konferenz der Vertreter der Tagessarbeiter.“

Eine am Sonntag, den 20. November, in Essen stattgefunde Konferenz der Vertreter der im Verband organisierten Tagessarbeiter von den Schachtanlagen der Bezirke Essen, Gelsenkirchen, Hattingen, Gladbeck, Oberhausen und Steele nahm Stellung zu dem letzten Lohnabkommen im Bergbau. Noch ausgiebiger Aussprache wurde folgende Resolution gegen acht Stimmen angenommen:

„Der Hinweis auf das „internationale Kapital“ ist sehr angebracht. Die Arbeiter in Oberösterreich haben sich monatlich bis zum 5. November bestimmt. Wenn man gewisse Prestigezugriffe los, dann kann man den Einfluß, daß die Arbeiterschaft alle ihre Kräfte für die Kunstgenossenschaften einsetzt, mit dem internationalem Kapital zusammenhängen. Die heutige bestehende Erhöhung bringt zwischen den deutschen und polnischen Arbeitern wieder mit der Zeit an Größe verlorenen. Dies erklärt auch die barbare Erhöhung, mit der in Österreich gekämpft worden ist. Und nun? Wer erhält die vielen Seelen, Güter und Materialien? Wird etwa das polnische Proletariat? Wenn das so wäre, würden wir ja freuen. Aber nein, die „nationale Zucht“ ist dahin ergebnissen, daß das polnische Proletariat leer ausgeht! Sofort hat es sich von Agenten des internationalen Kapitals gegen die andersprachenden Moskowitischen aufzugeben lassen. Das internationale Kapital nimmt Preis von den Seelen, Gütern und Materialien. Und sehen sieht sie die „Gazeta Robotnicza“ zufolge, daß die Proletariat der „einen“ als auch der „anderen Seite“ zum gemeinsamen Kampf gegen den internationalen Kapitalismus zu machen! Um zu diesem Schluß zu kommen, war dazu erst die nationalistische Kaserne, das Abwesen unter den Klassengenossen notwendig.“

Konferenz der Vertreter der Tagessarbeiter.

Eine am Sonntag, den 20. November, in Essen stattgefunde Konferenz der Vertreter der im Verband organisi

die Gesundheit der Belegschaft zu heben, wenn diese durch das Wasser waten müßt.

Herr Professor Reins erwidert prompt, daß gehöre nicht zu den Kompetenzen des Betriebsrats, das gehe ihn gar nichts an.

Ummerkung der Redaktion: Wir begreifen nicht, daß Verwaltungsbeamte, die solchen Unsinn schwächen, noch in einer Werkverwaltung gebildet werden.

Die Syndikalisten sind sich gegenseitig gut.

Wie die Syndikalisten mit ihren Beitragsgeldern umgehen, zeigt folgendes Bild: Der Vorsitzende der Syndikalisten in Schlesien setzte seine silberne Hochzeit. Einige Gelehrte nahmen diese Gelegenheit wahr und spendeten ihrem Vorsitzenden aus der Organisationsrente 500 M. zum Ankauf zweier Sessel, die mit Dank angenommen wurden. Nun könnte es uns ja einerlei sein, wie diese Kämpfer ihre Beiträge verhüten, wenn nicht gerade der Vorsitzende der Syndikalisten es wäre, der in jedem Anderen einen Lumpen sieht und seinen staunenden Zuhörern täglich die Schlechtigkeiten des Gewerkschaftsbundes aufzählt. Das Erzählende besteht er ja ganz gut, trotzdem er früher niemals einen Beitragsgegenstand über hatte. Bis zum Tage der Revolution war er Schriftführer im Kriegerverein. (Es ist eigentlich ganz nett von den Syndikalisten daß sie ihre Beitragsgelder dazu benutzen um sich gegenseitig eine Freude zu machen. Mehr ist von ihnen nicht zu verlangen. Wir registrieren dieses nur, um vor solchen „Mannen“ der Tat“ zu warnen.)

Grubenbrand auf Mont Cenis.

Auf Seite Mont Cenis I-III, der Unglückszeche, ist am Sonntag, den 20. November, ein Grubenbrand ausgebrochen. In Brand stehen ein Stapse (Aufschluß) und die damit in Verbündung stehenden Streden. Der Brand wütet in demselben Revier, in welchem jenes schreckliche Unglück sich ereignete. Menschen sind diesmal nicht zu Schaden gekommen. Die Brandursache konnte noch nicht aufgeklärt werden. Die Steigerreihen mussten stillgelegt werden, die Arbeiter wurden auf die anderen Reviere verteilt.

Oberbergamtbezirk Bonn.

Beleidigungslage Harsch gegen Böcker.

Der „Bergmann“, das Organ des örtlichen Gewerksvereins, bringt in seiner Nr. 46 vom 12. November einen Bericht über obige Klage, die eine glänzende Feststellung für den Abg. Harsch sein soll. Der Rechtfertigungsversuch des Abg. Harsch kommt mir gleich, wenn er nicht in dem Artikel meine Person und den Bergarbeiterverband zu beschämten verucht hätte. Herr Harsch spricht zunächst von mir in diesem Artikel als „Makulator des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes“, der sich dem Kommunisten als Zeuge angeboten habe und nichts wußte, als eine längst der Lächerlichkeit preisgegebene Geschichte aus dem Jahre 1917.

Dem Abg. Harsch scheint die Verbindung von Gewerkschaft und Partei direkt aus dem Kopf gewachsen zu sein, daß er nur noch durch die Brille des Zentrumsverbandes sehen kann. Die Behauptung, ich hätte mich dem Kommunisten als Zeuge angeboten, ist ebenso eine Erfindung des Herrn Harsch, wie die der Dächer direkt preisgegebene Geschichte von 1917, wodurch ich folgernd zu sagen habe:

Herr Landtagsabgeordneter Harten: Wollen Sie bestreiten, daß Sie mich bei der Beerdigung in der schlesischen Weise benutzt haben? Wenn Sie bestreiten, daß Sie, als Ihnen nachgewiesen wurde, welche Gemeinschaft Sie begannen und Ihre Hauptanliegen vollständig erfüllt worden, bei mir um gut Wetter anhielten, damit ich in der Offenheit von Ihrer Denunziation keinen Gebrauch mache? Herr Abgeordneter Harsch, wenn Sie diese Tatsache erzählen, so bezeichnen ich Sie als einen Menschen, der es mit der Wahrheit nicht ernst nimmt.

Wenn Herr Abgeordneter Harsch einen Menschen, dessen Verdienst durch den Krieg tatsächlich verhüllt und insgesamt 80 Prozent erwerbsunfähig ist, vor Gericht zitierte, erwidere ich, daß er auch gegen mich flagbar vorgehen will, um das Odium eines Denunzianten von sich zu schützen. Johann Eich (Vorsteher).

Oberbergamtbezirk Breslau.

Anton Wiegla †.

Am 17. November verschob nach längerem Leiden der langjährige Bergbauingenieur Anton Wiegla, im 66. Lebensjahr. Die Bergfirma war seit 1898 Mitglied und Bergbausmann bis 1919. Er war ein Bänner in dem umdrückten Oberschlesien und hat hier für die Interessen der Arbeiter gekämpft. Wir werden sein Andenken hier in Ehren halten.

Ortsgrube Deutzen und Nossberg.

Lehnerhandlungen in der oberösterreichischen Großindustrie.

Lehnerhandlungen für Arzneiladen, Blumen und Wallen.

Infolge der fortwährenden Erweiterung hatten die oberösterreichischen Gewerkschaften gleich den endeten Revieren unter dem 20. Oktober an den Arbeitgeberverband der oberösterreichischen Bergwerke und Hüttenindustrie die Forderung gerichtet, die Löhne der Arbeiterschaft durchschnittlich um 50 Prozent zu erhöhen. Nachdem bereits verschiedene Vorverhandlungen stattgefunden, über die wir bereits berichteten, sollte am 17. November verhältnisweise über die Forderung der Gewerkschaften im „Monopol Silz“ in seitens des Verbands verhandelt werden. Gleich zu Beginn der Verhandlungen stellten jedoch die Arbeitgeber den Antrag, die Verhandlungen zu vertagen. Sie begründeten ihren Antrag damit, daß die Anteilseigner noch keinen bestimmten Beschluss über die Erhöhung der Arbeiterschaft gezeigt habe.

Die Vertreter der Gewerkschaften, Frank, Rott und Damel, widerprachen dieser Verlegung. Sie vertreten den Standpunkt, daß unbedingt der Preisfall der Arbeiterlohn herabgestellt werden müsse. Die Kollage der Arbeiterschaft ist infolge der ungünstigen Zeuerung für alle Lebensbedürfnisse so groß, daß ein weiteres Hinausschieben der Verhandlungen unmöglich sei und schlimme Folgen zeitigen könnte. Die Arbeitgeber beharrten jedoch auf ihrem Standpunkt. Eine Schädigung der Arbeiterschaft sei durch die Verlegung der Verhandlungen nicht zu befürchten. Die Verhandlungen wurden infolgedessen aufgezögert und auf den 18. November, vormittags 9½ Uhr, vertagt.

Im Anschluß daran brachte die Organisationsvertreter, die gestellten Anträge auf Erhöhung der Zeuerung zu schläge für Fabrikaliden, Witwen und Waisen und auf deren Belieferung mit Freikohle zu verhandeln. Nach einigem Zögern wurde dieser Antrag stattgegeben, indem eine Kommission zusammengestellt, um die Materie zu bearbeiten.

Vom Knappelsackbüro Lachmann-Zabotz (Verbandsmitglied) war neben einer präzisen Erhöhung der Zeuerungszuschläge eine einmalige Erhöhung wie folgt beantragt worden: für verarbeitete Fabrikaliden 400 M., für unterverarbeitete Fabrikaliden 300 M., für Witwen 300 M., für Waisen 200 M., für Schiedswiden 100 M. Die Arbeitgeber waren nicht zu bewegen diese Forderung anzunehmen. Sie erklärten sich aber bereit, die Erhöhung der bisherigen Zuschläge um 200 Prozent für die Tochter von J. & W. Wacker annehmen, zur Auszahlung der Zeuerungszuschläge zwischen den Fabrikaliden 240 M., für Witwen 20 M., für Waisen 10 M. (bisher 10 M.), für Schiedswiden 10 M. (bisher 10 M.). Die Bedingung dieser Bulegen soll durch Umlageverfahren auf den Kohlenpreis erfolgen.

Was die Bevölkerung von Freileute anbelangt, so erklärte sich der Arbeitgeberverband bereit, den Werken zu empfehlen, je nach Lage des einzelnen Falles den Fabrikaliden und Witwen ein entsprechendes Quantum von Freikohle zu gewähren. Da sich der Arbeitgeberverband weigerte, hier einen festen Beihilfe zu stellen, so wird es Sothe der Betriebsräte im Einvernehmen mit den Organisationsvertretern, diese Angelegenheit auf den einzelnen Werken zu regeln.

Saargebiet.

Aus dem Saargebiet.

Das hochindustrielle Saargebiet ist in sehr hohem Maße auf die Lebensmittelzufuhr aus dem Deutschen Reich angewiesen. Die gegenwärtige Schwierigkeit der Lebensmittelbeschaffung, unter der ganz Deutschland leidet, gibt gewissen Kreisen Veranlassung, in der Bevölkerung zu erzählen, Deutschland lasse das Saargebiet in der Lebensmittelversorgung im Stich, es erschwere sogar absichtlich die Zufuhr. Demgegenüber wird der „Frankfurter Zeitung“ vom „Berndorfer Zeitung“ mitgeteilt: „Das Ausflugstouristen am Karrossell“ ist für dieses Jahr vorläufig mit 1 Million Rentner angenommen worden,

der Getreideversorgung, die bisher zu denselben Bedingungen wie für das übrige Deutschland geschaffen ist, hat die Reichsregierung der Regierungskommission den Vorschlag gemacht, die Brotgetreideversorgung nach wie vor der Reichsgerichtsbehörde zu übertragen und zwar zu einem Preise, der einer Befreiung des Bedarfs an einem Drittel in Inlands- und zwei Dritteln in Auslandsgetreide entspricht. In diesem Vorschlag liegt ein befürwortetes Entgegenkommen; er schafft eine jährliche Belastung des Reiches mit etwa 78 Millionen Mark in sich, da das Saargebiet an den Getreideausbringung so gut wie nicht beteiligt ist, so daß ihm nicht nur zwei Drittel, sondern fast der ganze Bedarf in neuem Auslandsgetreide zugeführt werden muß. Ahnliche Vorteile hat das Saargebiet auch aus der bisherigen Regelung, gezogen, da die Getreideablieferung im Saargebiet sehr gering war. Wenn es in der „Saarblätter Zeitung“ in einer Regierungskundgebung vom 7. August 1921 heißt, daß die Ausfuhr Deutschlands im neuen Wirtschaftsjahr, das ist vom 16. August ab, fortsetzen würden, so entscheidet dies nicht den Erfolg. — Das monatliche Montant für die Ausfuhr von Schätzchen läßt nach dem Saargebiet zurück auf 400 Tsd. Tons geschrumpft. Gleichzeitig wurde die Durchsicht von monatlich 1200 Kindern aus Dänemark nach dem Saargebiet zugelassen. Die von Reichs wegen veranstandete Verbilligungssatzung für Lebensmittel, die, da die Inlandserzeugnisse zur Gewährung der für die Lebensführung notwendigen Nationen nicht ausreichend waren, im Auslande zu Weltmarktpreisen angekauft und sodann verbilligt, d. h. zu den für Inlands erzeugnisse gelindenden Preisen abgegeben wurden, ist den Bewohnern des Saargebietes in gleicher Weise zugute gekommen, wie der Bevölkerung des Inlandes. Die dafür von der Reichsregierung für das Saargebiet gemachten Auswendungen betragen rund 240 Millionen Mark. Trotzdem das Deutsche Reich, Preußen und Sachsen seit 1920 von legalem Einnahmen aus dem Saargebiet ausgeschlossen sind, hat die Regierung eine Bildschirmung der Verschärfung bisher abgelehnt und sich selbst zur Vergütung des Kapitals nicht verstanden.“

Ablösverhältnisse und Lohnherabsetzung im Saarbergbau.

Die französische Verwaltung, welche die Saargruben im Januar 1920 übernahm, bestreitete im Laufe der Zeit die Vergrößerung um 10.000 Arbeiter. Im Dezember 1920 machten sich die ersten Abschlüsse darüber. Diese Abschlüsse erzielten siegerten sich, berichtet, daß im Februar, März und April 1920 elf Arbeitskräfte eingekauft werden mussten und die Kohlenbestände auf 400.000 Tonnen erhöhten. Durch falsche Handelspolitik und Ausführungsversäumnisse nach Deutschland gingen dem Saarbergbau seine natürlichen Überschüsse ein verloren. Neben 34 Prozent Bedarf des Saargebietes war Preußen und Südbayern mit 26,1 Prozent der Förderung von 1918 das Hauptabzugsgebiet der Saarläbe. Die Bergverwaltung nahm im März 1921 eine Lohnreduzierung von 4 Franken pro Schicht vor, um durch eine Preisermäßigung Abnehmer für ihre Produkte zu finden. Diese Verminderung sind geweckt. Seit September lärmten sich erneut wieder die gelungenen Goldenebenen. Wein im Oktober wurden fünf Feiertage eingekauft, trotzdem vermehrten sich die Goldenebenen um 70.000 Tz.

Der hohe Frankfurter Markt machte nachdem man die Ausführungsverträge gemäßigt, jede Lieferung nach Deutschland unmöglich. Eine Gemäßigung der Kohlenpreise von 5–10 Franken im September und Oktober war wirkungslos, da der Markt von 7 M. auf 15–16 M. infolge des Sinkens der deutschen Mark gestiegen war; denn niemand glaubt, daß in Deutschland jemand 1000–1500 M. für 1 Kanne Kohlen zahlen kann. Der Preis der deutschen Förderkohle stand am 1. April 1921 eindrücklich sinken und Umsturzsteuer sis auch 8 M. pro Tonne für Wohnungsbau auf 227,10 M. und am 1. September auf 238,90 M.

Im Jahre 1918 war die Ausfuhr von Saarkohlen nach Westen 20,8 Prozent der Förderung und zwar 12,7 Proz. nach Elsaß-Lothringen und 8,1 Proz. nach Frankreich. Es nur 40 Proz. der Förderung im Saargebiet gehoben, der hohe Frankfurter wegen gelöscht werden können, müssen 50 Proz. über die Grenzen verlaufen werden. Da, wie oben erwähnt, Deutschland als Abzugsgebiet erledigt ist, müssen für 36 Proz. der Saarblätterförderung andere Abnehmer gefunden werden. Der Westen ist wohl ausnahmsfähig, da Frankreich im ersten halben Jahr 1921 ohne die 2581 524 Tz. deutscher Kohlen noch 3.689 573 Tz. aus den einzelnen Säcken eingeführt hat. Rechnet man die Ausfuhr hauptsächlich anstatt des englischen Streiks von 921 012 Tz. ab, bleibt noch eine Einfuhr von 2768 561 Tz. Die Saargruben haben im ersten Halbjahr 4.436.000 Tz. gefördert; 60 Proz. davon sind 2661 600 Tonnen, also wäre Frankreich in der Lage, die gesamte Ausfuhrförderung ihrer Saargruben zu übernehmen, wenn nur die kapitalistische Krankheit, der Profit, nicht wäre. Auch könnte dem Abzugsgebiet der Saargruben geholfen werden, wenn man auf einen Teil der Zwangsabgaben den Standard vergleiche. Nachdem die Lohnregelung vom 15. März im September von den Organisationen bis zum 1. Dezember tatsächlich festgestellt wurde, kündigte die Bergverwaltung den Lohntarif bis 15. November.

In den Verhandlungen zwecks Abschließung eines neuen Tarif erklärte der Direktor St. Claire Deville, daß der Lohn um 4 Fr. herabgesetzt werden müsse, da sonst die Saarläbe nicht konkurrenzfähig sei. Die englische Note würde die französische und auch die Saarläbe in Frankreich durch den geringeren Preis verdrängen. In England sind 175.000 Bergarbeiter infolge Überproduktion arbeitslos, während Deutsche nur eilige Tage in der Woche beschäftigt werden. Ohne Kohlenbau hätte die Verwaltung seit März die Kohlenpreise um 40 Fr. erhöht. Der Durchschnittslohnpreis betrug im März 26 Fr. Mai-Juli 60 Fr. August 74 Fr. Oktober 70 Fr. November 68 Fr.; im Dezember soll er auf 57 Fr. herabgesetzt werden. Eine Verabsiedlung der Löhne ist dringend notwendig, da am 1. Dezember Verträge ablaufen, die nur durch Verabsiedlung der Preise erneuert werden können. Zurzeit liegen 700.000 Tz. auf den Saarläben. Aus den Ausführungen ist ersichtlich, daß die Lohnregelung des Saarbergbaus noch all den Vorstellenden in ein leichtes Stadium getreten ist.

Zu kommt, daß die für das Wohlgergen der Bevölkerung ein gesetzte Pöllerbundesregierung auf Einführung der Frankfurter Währung drängt. Das wird aus dem Saarbergbau und den Bergarbeitern, wenn man mit den heutigen Preisen keinen Abzug findet — wenn der Lohn auf 10,25 bis 15 Fr. herabgedrückt werden soll, wo in Lothringen und auch in Frankreich 20 bis 23 Fr. zum Leben notwendig sind?

Seit Einführung der Frankfurter Währung haben wir dieselben Frankfurterpreise für alle Lebens- und Bedarfsartikel wie dort, folglich müssen auch dieselben Löhne gezahlt werden, um die Kaufkraft zu erhalten. Das hat zur Folge, daß der Kohlenpreis erhöht werden muss und daher die Saarläbe überhaupt nicht konkurrenzfähig ist.

Zu kommt, daß die für das Wohlgergen der Bevölkerung ein gesetzte Pöllerbundesregierung auf Einführung der Frankfurter Währung drängt. Das wird aus dem Saarbergbau und den Bergarbeitern, wenn man mit den heutigen Preisen keinen Abzug findet — wenn der Lohn auf 10,25 bis 15 Fr. herabgedrückt werden soll, wo in Lothringen und auch in Frankreich 20 bis 23 Fr. zum Leben notwendig sind?

Seit Einführung der Frankfurter Währung haben wir dieselben Frankfurterpreise für alle Lebens- und Bedarfsartikel wie dort, folglich müssen auch dieselben Löhne gezahlt werden, um die Kaufkraft zu erhalten. Das hat zur Folge, daß der Kohlenpreis erhöht werden muss und daher die Saarläbe überhaupt nicht konkurrenzfähig ist.

Zu kommt, daß die für das Wohlgergen der Bevölkerung ein gesetzte Pöllerbundesregierung auf Einführung der Frankfurter Währung drängt. Das wird aus dem Saarbergbau und den Bergarbeitern, wenn man mit den heutigen Preisen keinen Abzug findet — wenn der Lohn auf 10,25 bis 15 Fr. herabgedrückt werden soll, wo in Lothringen und auch in Frankreich 20 bis 23 Fr. zum Leben notwendig sind?

Seit Einführung der Frankfurter Währung haben wir dieselben Frankfurterpreise für alle Lebens- und Bedarfsartikel wie dort, folglich müssen auch dieselben Löhne gezahlt werden, um die Kaufkraft zu erhalten. Das hat zur Folge, daß der Kohlenpreis erhöht werden muss und daher die Saarläbe überhaupt nicht konkurrenzfähig ist.

Zu kommt, daß die für das Wohlgergen der Bevölkerung ein gesetzte Pöllerbundesregierung auf Einführung der Frankfurter Währung drängt. Das wird aus dem Saarbergbau und den Bergarbeitern, wenn man mit den heutigen Preisen keinen Abzug findet — wenn der Lohn auf 10,25 bis 15 Fr. herabgedrückt werden soll, wo in Lothringen und auch in Frankreich 20 bis 23 Fr. zum Leben notwendig sind?

Seit Einführung der Frankfurter Währung haben wir dieselben Frankfurterpreise für alle Lebens- und Bedarfsartikel wie dort, folglich müssen auch dieselben Löhne gezahlt werden, um die Kaufkraft zu erhalten. Das hat zur Folge, daß der Kohlenpreis erhöht werden muss und daher die Saarläbe überhaupt nicht konkurrenzfähig ist.

Rebellenkonferenz ein. Die Konferenz mußte außerhalb des Saargebietes verlegt werden, da die oberste Polizeiverwaltung des Saargebietes den deutschen Vorstandsmitgliedern die Einreise-erlaubnis verweigerte.

Die Konferenz fand am 20. November in Waldmohr statt und zwar im Hotel Scherer, das die dortigen Kameraden gesammelt hatten. Um 10 Uhr wurde sie vom Bergarbeiterleiter Hettner eröffnet. Bergarbeiterleiter Schwarzer berichtete über die Behandlungen mit dem Bergbaupräsidenten bezüglich des Lohnabbaus. In einer mehrstündigen sachlichen Diskussion wurde dann nachstehende Entschließung angenommen:

„Die am 20. November 1921 in Waldmohr tagende Rebellenkonferenz des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands protestiert gegen den von der französischen Bergwerksverwaltung dictierten Lohnabbau von 9 Fr. pro Schicht. Bei der rapiden Preiserhöhung auf allen Gebieten, die ihren Abschluß noch nicht gefunden hat, ist die Lohnreduzierung nicht berechtigt. Die Konferenz protestiert auch dagegen, daß die Saarregierung die ca. 70 Millionen Franken betreffende Einnahmen aus der Kohlensteuer, die auch nur durch die Arbeit der Bergarbeiter ermöglicht wird, verwendet, obwohl die Saararbeiterung ein Mittel im umfangreichen Bergbau verfügt hat. In der von der französischen Bergwerksverwaltung vorgelegten Vertragsübersicht sind auch Verträge für den Wohnungsbau eingestellt. Dies ist unbedenklich, beginnend nicht angehen, daß die Bergarbeiter Kapital aufbringen, womit der französische Staat Hunderte von Wohnhäusern erbaute, die kein Eigentum werden. Die Konferenz versteht nicht die schwierigen Abhängigkeiten der Saararbeitergruben, da doch der französische Staat mehr Kohlen einführt, als die Saargruben produzieren. Sie ist der Meinung, daß eine Herabsetzung der Kohlenpreise und dadurch ein besserer Absatz ermöglicht werden kann, wenn die Kohlensteuer ermäßigt, die Verträge für Wohnungsbau abgesetzt und verhindert würde. Wenn dies geschieht, dann wäre es möglich, von dem dictierten Lohnabbau abzusehen. Um das zu erreichen, beantragt die Konferenz die Verbands- und Bezirksleitung, mit dem Verwaltungsrat der Bergarbeiter in Paris sofort in Verbindung zu treten.“

„Sobald das Ergebnis der Verhandlungen mit dem Verwaltungsrat vorliegt, ist davon zu hören, daß gemeinsam mit den in Frage kommenden Verbänden erneut eine Konferenz oder eine Urabstimmung vorgenommen wird.“

Gegen das unverständliche Benehmen der „obersten Bergwerksverwaltung des Saargebietes“ wendend, drückt die Konferenz ihren Unwillen in folgender einstimmig angenommenen Entschließung aus:

„Die am 20. November 1921 in Waldmohr tagende Rebellenkonferenz des Verbandes der Bergarbeiter protestiert dagegen, daß man den Vorstandsmitgliedern des Verbandes der Bergarbeiter die Einreise für Erledigung der Verbandsgeschäfte verweigert. Die Konferenz hält dieses Vorgehen eines freiheitlichen Staatsgebietes, das zu freuen Bändern des Völkerbundes verwaltet wird, für unverbürgt. Die Mitglieder des Verbandes im Saargebiet verlangen, daß ihre Funktionäre die Verbandsangelegenheiten mit den Vertretern des Verbandsvorstandes dort regeln, wo sie die Pflicht zum Steuerzahlen haben.“